

EINKOMMENSUNGLEICHHEIT: EINE TIEFERGEHENDE ANALYSE

I. Einkommen und Armut in Deutschland

1. Stabile Entwicklung der Nettoeinkommen
2. Überlagerungen des Ungleichheitsdiskurses
3. Eine aktualisierte Bestandsaufnahme

II. Ein tieferer Blick in die Einkommensverteilung

1. Veränderung der Haushaltstypen
2. Sozio-ökonomische Unterschiede bei Ungleichheit und Mobilität
3. Mobilität und Bildungsexpansion

III. Chancengerechtigkeit und Teilhabe stärken

Eine andere Meinung

Literatur

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Wie der aktuelle Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht bescheinigt, ist die **Verteilung der Nettoeinkommen** in Deutschland seit dem Jahr 2005 **weitgehend stabil**. Dennoch wird hierzulande ein intensiver Ungleichheitsdiskurs geführt. Dies dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass die Wahrnehmung in mancherlei Hinsicht von der tatsächlichen Situation abweicht.

Der Sachverständigenrat aktualisiert seine Einkommensanalyse und untersucht zusätzlich die Verteilung von Nettoeinkommen und Marktergebnissen innerhalb und zwischen unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung, die nach den **sozio-ökonomischen Merkmalen** Alter, Geschlecht, Bildung und Migrationshintergrund voneinander abgegrenzt werden. Diese tiefergehende Analyse bietet ebenfalls keinen Anlass für das Narrativ einer unaufhaltsam zunehmenden Einkommensungleichheit der Nettoeinkommen.

Gesellschaftliche Veränderungen wie der anhaltende Trend hin zu kleineren Haushalten wirken sich auf die Einkommensverteilung wie auf die Armutsrisikoquote aus, die ein relatives Einkommenskonzept darstellt. Vergleichsweise häufige Einkommensschwäche und ein höheres Armutsrisiko sind darüber hinaus mit Eigenschaften wie einem Migrationshintergrund oder einer geringen Qualifikation verknüpft. Politisches Handeln kann dieser Einkommensschwäche entgegenwirken, indem es die **Chancengerechtigkeit** sowie die **gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe** fördert. Ansatzpunkte dafür liegen im Bildungssystem und dabei vor allem in der frühkindlichen Bildung.

I. EINKOMMEN UND ARMUT IN DEUTSCHLAND

822. In den vergangenen Jahren waren in Deutschland nur wenige Themen Gegenstand einer derart intensiven wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion wie die Verteilung der Einkommen und ihre Entwicklung. Die **Ungleichheit der Nettoeinkommen** ist seit dem Jahr 2005 zwar **weitgehend stabil** geblieben. Die in diesem Kapitel vorgenommene Aktualisierung der statistischen Analyse bestätigt dies. Dass dennoch ein immer intensiverer Ungleichheitsdiskurs geführt wurde, dürfte ein Auseinanderklaffen von Wahrnehmung und statistischer Faktenlage widerspiegeln. Allerdings kann die Analyse der Einkommensungleichheit nur wenig dazu beitragen, die weit diffusere Wahrnehmung zunehmender Ungerechtigkeit in der Gesellschaft zu ergründen.
823. Dieses Kapitel untersucht die **Einkommensungleichheit innerhalb und zwischen unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung**. Diese werden durch zentrale sozio-ökonomische Merkmale voneinander abgegrenzt, nach Alter, Geschlecht und Bildungsabschluss sowie Migrationshintergrund. Die Ergebnisse verdeutlichen die Vielschichtigkeit der Einkommensverteilung und die zentrale Rolle der intrafamiliären Prozesse der Ressourcenverteilung, die der statistischen Analyse aufgrund mangelnder Informationen zwangsläufig entzogen sind. Es zeigt sich, dass sich aus dieser differenzierten Analyse das Narrativ einer unaufhaltsam zunehmenden Einkommensungleichheit ebenso wenig herleiten lässt wie aus der Betrachtung der Gesamtbevölkerung.

Da insbesondere unzureichende Qualifikation und Migrationshintergrund eng mit Einkommensschwächen verknüpft sind, sollte die Wirtschaftspolitik darauf hinwirken, dass allen Bürgern **gleiche Chancen** auf gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe offenstehen. Dazu gehört vor allem die Möglichkeit nachfolgender Generationen, ihre Talente und ihre Leistungsbereitschaft in den Qualifikationserwerb und in Beschäftigung einzubringen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die **Befähigung zur Anpassung** an den mit der Digitalisierung einhergehenden beschleunigten Strukturwandel. [↘ ZIFFERN 811 F.](#)

1. Stabile Entwicklung der Nettoeinkommen

824. Die Bundesregierung hat im Frühjahr 2017 ihren Fünften Armuts- und Reichtumsbericht veröffentlicht (BMAS, 2017). Er bestätigt den Befund, dass die Einkommensverteilung seit dem Jahr 2005 in Deutschland weitgehend stabil geblieben ist. Nennenswerte Steigerungen der **Ungleichheit der Markteinkommen und der Nettoeinkommen** ergaben sich allerdings bis zum Jahr 2005. [↘ ABBILDUNG 100 OBEN LINKS](#) Es zeigt sich für Personen in Haushalten mit mindestens einem erwerbsfähigen Haushaltsmitglied, dass die Ungleichheit der Markteinkommen vor Steuern und Transfers deutlich höher ist als die der Nettoeinkommen. [↘ ABBILDUNG 100 UNTEN](#) Seit dem Jahr 2005 sind die Nettoeinkommen entlang der Einkommensverteilung in einem ähnlichen Ausmaß angestiegen. [↘ ABBILDUNG 100 UNTEN RECHTS](#) Diese Erkenntnis zeigt sich für alle gängigen Maße der Einkommensverteilung, seien es Konzentrationsmaße, Varianzmaße oder

Dezil-Verhältnisse. Relative Armutsmaße wie die Armutsrisikoquote, die Armutsquote und die schwerwiegende Armut spiegeln diese Ergebnisse ebenfalls wider, da sie auf Einkommensrelationen basieren. [↘ ABBILDUNG 100 OBEN RECHTS](#)



Einkommensanalysen können auf eine Vielzahl von Armutsmaßen zurückgreifen. Diese teilen sich in **absolute und relative Armutsmaße** auf. Maße wie die „absolute“ oder „extreme Armut“ (verfügbares Einkommen von weniger als 1,25 US-Dollar je Tag in Preisen des Jahres 2005) und die „Armut“ [↘ ABBILDUNG 75 RECHTS SEITE 317](#) (weniger als 2 US-Dollar je Tag in Preisen des Jahres 1985), die das Subsistenzminimum reflektieren, spielen in Deutschland dank der Grundsicherung praktisch keine Rolle. Von größerer Bedeutung sind hierzulande relative Maße, welche die Einkommensverteilung in eine Maßzahl verdichten, ohne eine Aussage über den absoluten Lebensstandard zu treffen. Zu diesen Maßen zählen die „schwerwiegende Armut“ (verfügbares Einkommen von weniger als 40 % des Medianeinkommens), die „Armutsquote“ (weniger als 50 % des Medianeinkommens) oder die „Armutsrisikoquote“ (weniger als 60 % des Medianeinkommens). Dabei wird der Armutsrisikoquote die größte mediale Aufmerksamkeit zuteil, jedoch wird sie häufig als absolutes Maß für Armut fehlinterpretiert. Weiterhin repräsentiert die Grundsicherungsquote die „bekämpfte Armut“ anhand des Anteils der Personen, die Leistungen der Grundsicherung beziehen. Schließlich misst die „materielle Deprivation“ (oder materielle Entbehrung) denjenigen Anteil der Haushalte, die nach eigener Angabe wegen unzureichender finanzieller Mittel Ausgaben für Wohnung und Gebrauchsgüter nicht bestreiten können. Sind die Lebensbedingungen aufgrund fehlender Mittel in mindestens vier von neun Bereichen stark eingeschränkt, spricht man von „erheblicher materieller Deprivation“.

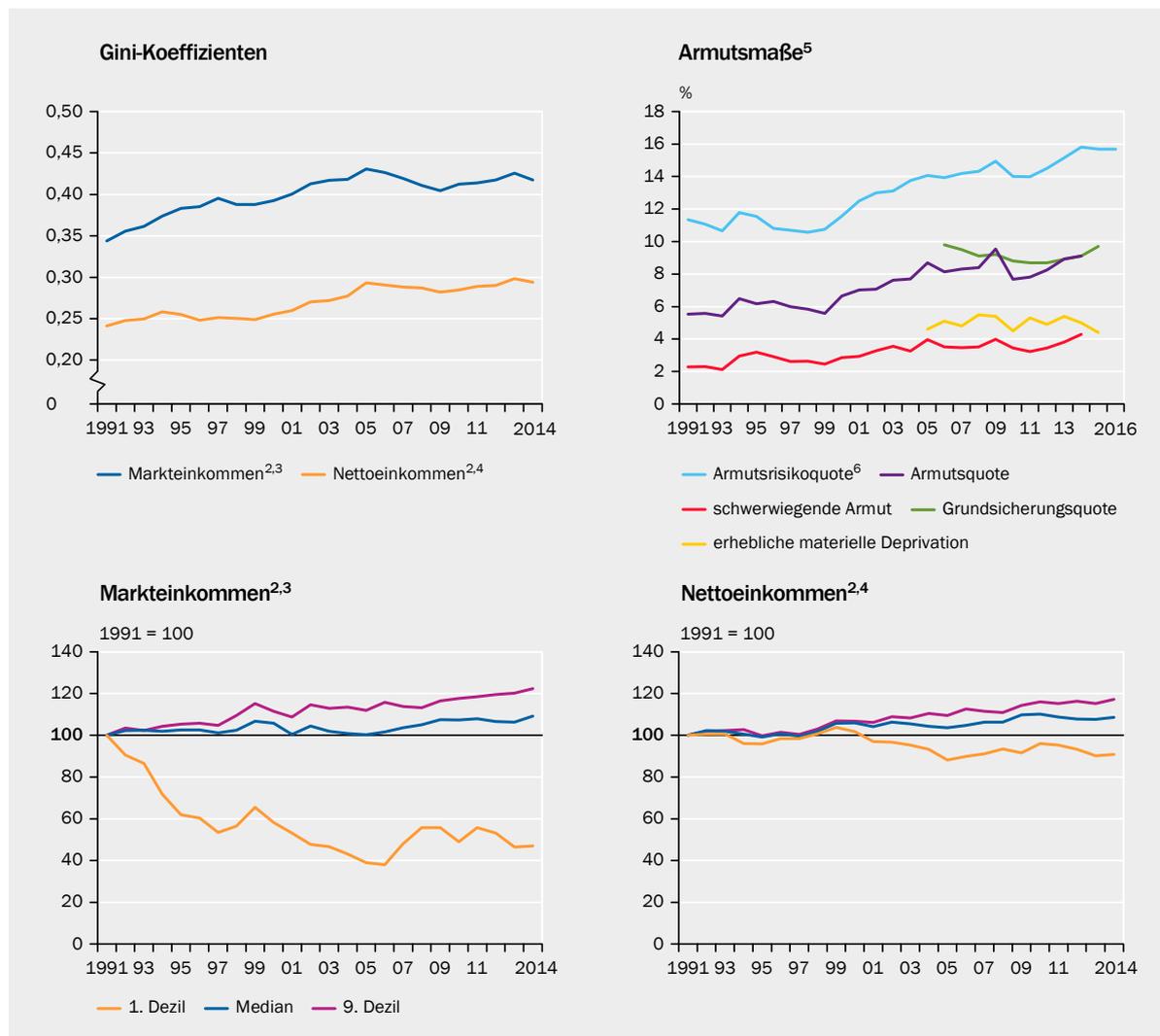
- 825.** Seit den späten 1990er-Jahren war die **Armutsrisikoquote** fast stetig angestiegen. [↘ ABBILDUNG 100 OBEN RECHTS](#) Jüngst ist diese Entwicklung zum Stillstand gekommen, obwohl eine große Anzahl von Migranten zu den Erwerbspersonen hinzugekommen ist. Während die Armutsrisikoquote in Westdeutschland leicht zugenommen hat, ist sie in Ostdeutschland von einem höheren Niveau ausgehend deutlich zurückgegangen; in den beiden Regionen gleicht sich das Armutsrisiko an (Statistisches Bundesamt, 2016a, 2017). Der Anteil der Bevölkerung in schwerwiegender Armut lag in den vergangenen Jahren mit etwa 4 % auf einem niedrigen Niveau, und der Anteil der Bevölkerung mit erheblicher materieller Deprivation ist seit dem Jahr 2013 rückläufig. [↘ ABBILDUNG 100 OBEN RECHTS.](#)
- 826.** Kern der anhaltenden Verteilungsdebatte ist die Frage, inwiefern das in Deutschland erzielte **Wirtschaftswachstum die Lebenssituation der gesamten Bevölkerung verbessert**. So ist beispielsweise der Median der Nettoeinkommen in den vergangenen 25 Jahren weit weniger gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Hinter dieser Differenz steht allerdings neben unterschiedlichen Messkonzepten hauptsächlich die Art der Preisbereinigung bei Einkommen und in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (JG 2016 Ziffer 800). Jedenfalls lässt sich nicht ableiten, dass das Wirtschaftswachstum bei den höheren Einkommensgruppen das Nettoeinkommen in den vergangenen zehn Jahren weit stärker angehoben hat als bei den niedrigeren Einkommensgruppen.
- 827.** Laut einer Studie von Grabka und Goebel (2017) haben die jeweils **unteren 40 % der Einkommensverteilung** seit dem Jahr 1991 keinen nennenswerten Zugewinn in den realen Nettoeinkommen erfahren. Da eine nicht unerhebliche

Anzahl von Personen im Zeitverlauf reale Einkommenszuwächse verzeichnet und somit in der Einkommensverteilung aufsteigt und da die Bevölkerung nicht zuletzt durch Zuwanderung verändert wird, ist dies allerdings nicht mit einem Befund zu verwechseln, dass im genannten Zeitraum 40 % der Personen keinen Zugewinn in ihren Einkommen erfahren hätten. Diese Einschränkung ist dann besonders relevant, wenn neu hinzukommende Teile der Bevölkerung verstärkt im unteren Ende der Einkommensverteilung zu finden sind.

Darüber hinaus erschweren Probleme bei der Erfassung von Qualitätsveränderungen der Gebrauchsgüter den Vergleich der realen Einkommensverhältnisse über derart lange Zeiträume hinweg. Schließlich stellen die hier diskutierten Analysen der Einkommensungleichheit zu einem Zeitpunkt lediglich einen Schnappschuss dar. Um hingegen das **Lebenseinkommen** zu betrachten, also Einkommensmuster von Personen im Lebensverlauf abzubilden, sind lange ad-

▸ ABBILDUNG 100

Entwicklung der äquivalenzgewichteten Einkommen für Personen in Haushalten mit mindestens einem erwerbsfähigen Mitglied und Entwicklung der Armut in der Gesamtbevölkerung¹



1 – Preisbereinigt mit dem Verbraucherpreisindex. 2 – Für Personen in Haushalten mit mindestens einem erwerbsfähigen Mitglied. 3 – Einkommen vor Steuern und Transferleistungen. 4 – Einkommen nach Steuern und Transferleistungen. 5 – In der Gesamtbevölkerung. 6 – Bis 2014 SOEP, ab 2015 Mikrozensus.

Quellen: Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht, SOEP v32, Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik, eigene Berechnungen

Daten zur Abbildung

ministrative Paneldatensätze wie die Versichertenkontenstichprobe der Deutschen Rentenversicherung erforderlich (Brenner, 2010).

2. Überlagerungen des Ungleichheitsdiskurses

828. Aktuell wird die Entwicklung der Einkommensverteilung kritisch diskutiert. Der Diskurs leidet darunter, dass die allgemeine **Wahrnehmung** von der tatsächlichen Situation abweicht. So wird beispielsweise die Armutsrisikoquote von Älteren und Rentnern häufig drastisch überschätzt, dabei ist sie viel geringer als das Armutsrisiko von Jugendlichen und Kindern. Selbst wenn die existenzielle Grundversorgung sichergestellt ist, bleibt Kinderarmut ein drängendes Problem. Etwa jedes fünfte Kind in Deutschland ist über mindestens fünf Jahre von Armut bedroht (Tophoven et al., 2017).

Es ist sehr zu begrüßen, dass die Bundesregierung mit ihrem Fünften Armuts- und Reichtumsbericht jüngst zur **Aufklärung** beigetragen hat. Die subjektive Wahrnehmung entspricht jedoch weiterhin nicht dem analytischen Befund der weitgehend stabilen Einkommensungleichheit. [↪ KASTEN 22](#)

↪ KASTEN 22

Armut und Einkommensverteilung: Wahrnehmung und tatsächliche Situation

Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht zeigt, dass die **subjektive Wahrnehmung** der Einkommensverhältnisse oftmals nicht der tatsächlichen Situation in Deutschland entspricht. Auf die Frage, wie sich der **Anteil armer Menschen** in Deutschland zwischen den Jahren 2010 und 2015 verändert hat, antworteten 44 % der Befragten, dass dieser stark zugenommen hat. Gleichzeitig hat der Anteil reicher Menschen für 31 % der Befragten in demselben Zeitraum stark zugenommen. Diese wahrgenommene Verschärfung der Ungleichheit deckt sich nicht mit dem weitgehend unauffälligen Verlauf der Armuts- und Reichtumsindikatoren (BMAS, 2017, S. 108 f.).

Ebenso besteht ein gewisser Widerspruch zwischen den empirischen Kennziffern und der Einschätzung des allgemeinen Armutsrisikos in verschiedenen Lebensphasen. Zwei von drei Personen stufen das **Armutsrisiko gerade in der Ruhestandsphase** als hoch oder sehr hoch ein (BMAS, 2017, S. 111). Nationale Statistiken zeigen hingegen ein erhöhtes Armutsrisiko insbesondere für jüngere Menschen bis 24 Jahre. Selbst mit dem für die kommenden Jahrzehnte voraussehbar steigenden Armutsrisiko im Alter wird sich diese Relation nicht bedeutend ändern.

Unzutreffende Einschätzungen der Bevölkerung finden sich nicht zuletzt hinsichtlich der **Entwicklung der weltweiten extremen Armut**. Zwischen den Jahren 1990 und 2015 hat sich die Anzahl der Personen in extremer Armut weltweit von rund zwei Milliarden auf rund eine Milliarde Personen halbiert. Dennoch gehen 88 % der Befragten fälschlicherweise davon aus, dass die weltweite extreme Armut gleichgeblieben oder gewachsen ist (Lampert und Papadongonas, 2016).

Viele Personen schätzen zudem systematisch ihre **eigene Position in der Einkommensverteilung** falsch ein. So wird in Umfragen ein großer Teil der Gesellschaft am unteren Rand der Wohlstandsverteilung verortet (JG 2014 Ziffer 514; Niehues, 2014). Tatsächlich zeigt jedoch die Analyse der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen, dass der Großteil der Bevölkerung im mittleren Einkommenssegment zu finden ist. Der Anteil der Mittelschicht an der Gesamtbevölkerung ist gemäß der Definition der Bundesregierung – zwischen 60 % und 200 % des Mediannettoeinkommens – in den vergangenen zehn Jahren stabil bei 78 % geblieben (BMAS, 2017, S. 77). Dies und die verbesserte Lage am

Arbeitsmarkt spiegeln sich nicht nur in einer wachsenden Lebenszufriedenheit in Umfragen wider, sondern auch in einer rückläufigen Ungleichheit der Lebenszufriedenheit (Felbermayr et al., 2017).

Der regelmäßige Armuts- und Reichtumsbericht unterstützt somit die Bemühungen der Wissenschaft, über die **tatsächlichen Sachverhalte aufzuklären**. Diese Aufklärungsbemühungen sollten weiter verstärkt werden.

829. Ebenso ist es wenig zielführend, wenn die Probleme anderer Volkswirtschaften und die dort möglicherweise angemessenen Lösungsansätze unreflektiert auf die deutsche Situation übertragen werden. So hat die in vielen entwickelten Ländern bis in die 2000er-Jahre gestiegene Einkommensungleichheit eine Diskussion über die Förderung **inklusive Wachstums** ausgelöst (Europäische Kommission, 2017; IWF, 2017; OECD, 2017). Demselben Grundmotiv folgend hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Frühjahr für Deutschland einen 10-Punkte-Plan erarbeitet (BMW, 2017). Ihm liegt die – zumindest nicht durch statistische Verteilungsanalysen gestützte – Vorstellung zugrunde, dass die Umverteilung durch das Steuer- und Transfersystem allein mittlerweile keine sozialpolitisch hinreichende Änderung von Marktergebnissen mehr bewirken kann, sondern durch weitergehende Eingriffe ergänzt werden muss.

830. Zudem wird argumentiert, dass eine weitere Verringerung der Einkommensungleichheit in Deutschland zu einem gesteigerten Wirtschaftswachstum führen würde. Die Befürworter dieses Arguments stützen sich dabei auf die vermeintliche Erkenntnis, ein Anstieg der Einkommensungleichheit schwäche nicht nur das Wirtschaftswachstum in Schwellen- oder Entwicklungsländern, sondern auch in entwickelten Volkswirtschaften (OECD, 2015a; IWF, 2017). Doch die mit makroökonomischen Modellen geschätzten **Wachstumseffekte von Einkommensungleichheit** sind hinsichtlich der getroffenen Annahmen äußerst sensitiv (JG 2015 Ziffern 502 ff.). Studien, deren Modellspezifikation diese kausale Wirkungsrichtung bereits zwingend vorgibt, können erst recht keinen sinnvollen Beitrag zu dieser wirtschaftspolitischen Debatte leisten. Dies gilt etwa für Albig et al. (2017), die Deutschland aufgrund der gestiegenen Einkommensungleichheit ein um 40 Mrd Euro niedrigeres BIP attestieren.

Methodische Schwächen prägen auch Mehr-Länder-Studien beispielsweise von Cingano (2014) und Ostry et al. (2014) auf Grundlage von System-GMM-Schätzungen, bei denen die – naturgemäß endogene – Ungleichheit durch zeitlich verzögerte Werte instrumentiert wird. Die Validität dieser Schätzungen wird ohnehin durch in der Regel nur schwach mit den endogenen Variablen korrelierte Instrumente infrage gestellt (JG 2015 Kasten 17; Kolev und Niehues, 2016). Vor allem ist aber die uneingeschränkte Übertragbarkeit eines im Rahmen eines Regressionsmodells geschätzten Durchschnittswerts auf den konkreten Fall einer einzelnen Volkswirtschaft äußerst problematisch.

831. Schließlich wird die Debatte über die Ungleichheit der Nettoeinkommen häufig mit der Diskussion der **Ungleichheit der Bruttolöhne** vermischt. Aus sozialpolitischer Sicht sind es jedoch in erster Linie die **Nettoeinkommen nach Steuern und Transferleistungen**, denen die Aufmerksamkeit gelten sollte,

nicht die Markteinkommen. Dennoch ist bemerkenswert, dass der langjährige Anstieg der Ungleichheit von Monatslöhnen ebenfalls beendet zu sein scheint (JG 2016 Ziffer 819; Felbermayr et al., 2016; Möller, 2016). Seit Beginn des laufenden Jahrzehnts verteilt sich der Anstieg der Stundenlöhne gleichmäßiger über verschiedene Gruppen von Arbeitnehmern als zuvor (Brenke und Kritikos, 2017). Dies dürfte überwiegend auf die gestiegene Beschäftigung zurückzuführen sein und ist im Zuge der Polarisierung am Arbeitsmarkt bemerkenswert, da die Beschäftigung in Berufen mit hoher und niedriger Entlohnung im Vergleich zu Berufen mit mittlerer Entlohnung stark angestiegen ist. [↘ ZIFFER 747](#)

3. Eine aktualisierte Bestandsaufnahme

832. Vor diesem Hintergrund aktualisiert der Sachverständigenrat seine Einkommensanalyse, wobei insbesondere die **Markteinkommen** vor Steuern und Transfers und die **Nettoeinkommen** nach Steuern und Transfers kontrastiert werden. Für beide Einkommensarten wird dabei die modifizierte Äquivalenzskala der OECD verwendet, um eine personenbasierte Analyse der auf Haushaltsebene erhobenen Einkommen zu ermöglichen (JG 2016 Ziffern 798 f.). Der eigentliche Analysegegenstand ist letztlich die fiktive individualisierte Verteilung der Einkommen. Um Verteilungen im Zeitablauf direkt miteinander vergleichen zu können, sind diese jeweils auf das Medianeinkommen normiert. Dies bedeutet für jede der abgebildeten Verteilungen, dass die Hälfte der Personen ein normiertes Einkommen von bis zu eins aufweist und die andere Hälfte eines von über eins.



Als Datenquelle greift der Sachverständigenrat für seine Einkommensanalysen überwiegend auf die Haushaltsbefragung des **Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)** zurück. Das SOEP ist eine repräsentative, freiwillige Wiederholungsbefragung von Haushalten, die seit mehr als drei Jahrzehnten im jährlichen Rhythmus stattfindet. Da die individuellen Einkommensdaten retrospektiv erhoben und anschließend aufbereitet werden, sind sie momentan nur bis zum Jahr 2014 verfügbar. Weiterhin liefert die **Lohn- und Einkommensteuerstatistik** Informationen über Höhe, Verteilung und Besteuerung des veranlagten und nicht veranlagten Einkommens. Seit dem Veranlagungsjahr 2012 wird sie jährlich aus Angaben der Landesfinanzbehörden erstellt. Aktuell liegen Daten für das Jahr 2013 vor. Für einen internationalen Vergleich stehen zudem Daten der Europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) zur Verfügung. Der **EU-SILC-Datensatz** ist eine europaweit durchgeführte Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen und eine Standarddatenquelle für die Messung von Armut und Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten der EU. Für Deutschland werden dafür Daten aus der Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte des Mikrozensus herangezogen. Die Einkommensverteilung unterscheidet sich für Deutschland kaum zwischen den verschiedenen Datensätzen. [↘ ABBILDUNG 101 OBEN LINKS](#)

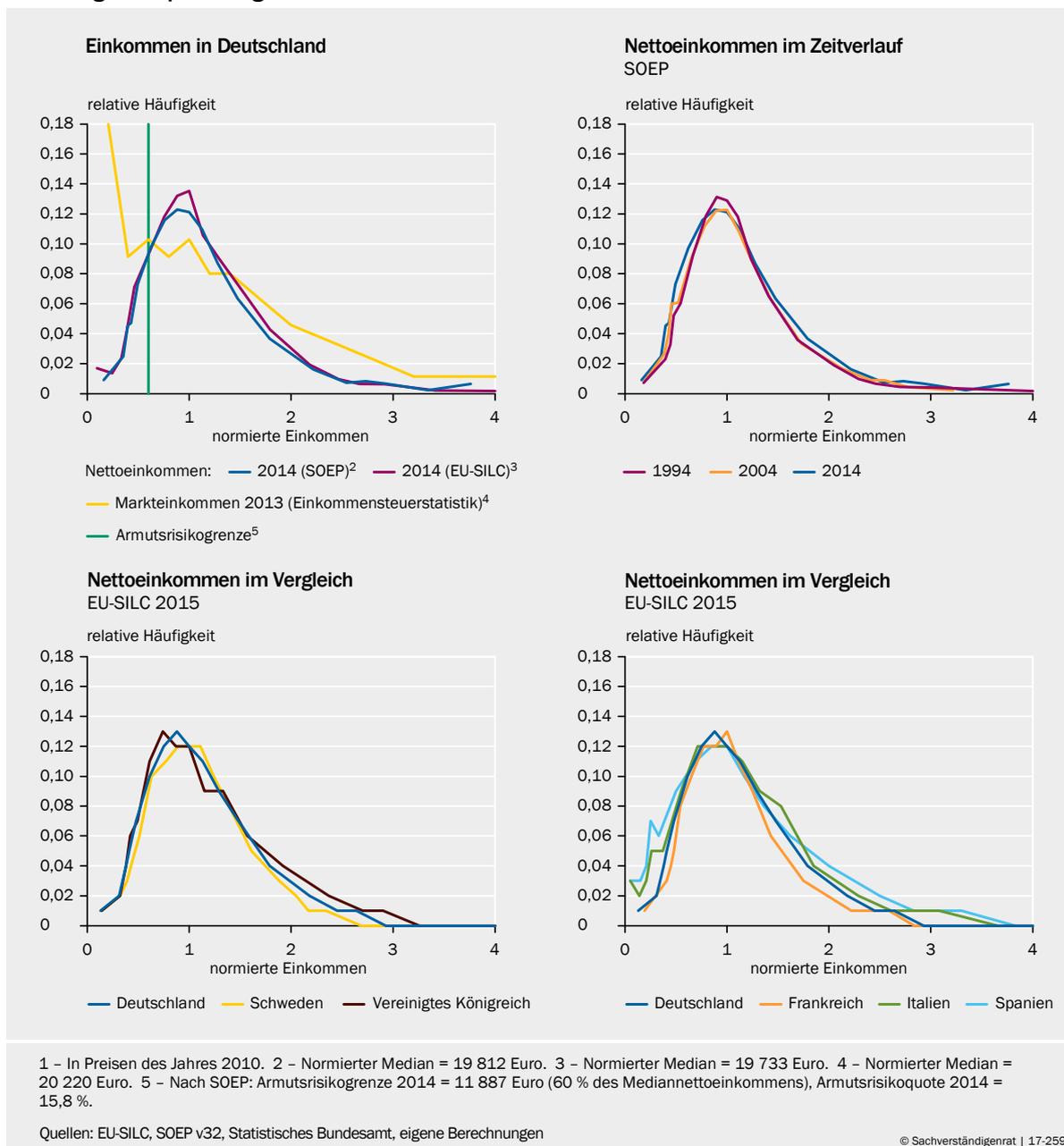
833. Wie bereits in früher durchgeführten Analysen zeigt sich, dass die Verteilung der Markteinkommen deutlich stärker gespreizt ist als die der Nettoeinkommen. [↘ ABBILDUNG 101 OBEN LINKS](#) Dies ist die Reflexion eines **hohen Ausmaßes an Umverteilung** durch das Steuer- und Transfersystem, welches die Ungleich-

heit der Einkommen deutlich reduziert (JG 2016 Ziffer 811). Die Medianwerte von Markt- und Nettoeinkommen liegen allerdings eng beieinander.

834. Die Verteilung der standardisierten Nettoeinkommen in Deutschland hat sich anhand der SOEP-Daten zwischen den Jahren 1994, 2004 und 2014 nur geringfügig verändert. Sowohl bei den unteren als auch bei den oberen Einkommen hat sie sich allerdings leicht gespreizt. [↪ ABBILDUNG 101 OBEN RECHTS](#) Dies legt nahe, dass die Einkommensungleichheit im betrachteten Zeitraum gestiegen ist. Die gestiegene Einkommensungleichheit in den Nettoeinkommen ist dabei auf einen Anstieg bis zum Jahr 2005 zurückzuführen. Jedoch hat sich **seit dem Jahr 2005 die Einkommensungleichheit nicht nennenswert vergrößert** (JG 2016 Ziffer 812; BMAS, 2017).

[↪ ABBILDUNG 101](#)

Verteilung der äquivalenzgewichteten Einkommen¹



Daten zur Abbildung

835. Im **internationalen Vergleich** der Einkommensungleichheit steht Deutschland im **Mittelfeld**. So ist die deutsche Einkommensverteilung stärker gespreizt als die schwedische oder die französische. Im Vereinigten Königreich sowie in Italien und in Spanien ist die Einkommensverteilung hingegen stärker gespreizt.

↘ ABBILDUNG 101 UNTEN

836. Aus der Einkommensverteilung lassen sich Maße der relativen Armut berechnen. In Deutschland betrug die **Armutrisikoquote** im Jahr 2014 laut SOEP 16 %. Die Armutrisikoquote beschreibt die Einkommensverteilung typischerweise an einer Stelle, an der diese steil verläuft. Sie ist somit sensitiv gegenüber bereits leichten Veränderungen ihrer Spreizung. ↘ ABBILDUNG 101 OBEN LINKS Gesellschaftliche Veränderungen wirken sich dabei auf das Armutrisiko aus. Entwicklungen wie kleiner werdende Haushalte, Zuwanderung oder die starke **Zunahme der Studierendenzahlen** haben in den vergangenen Jahren vermutlich zum Anstieg der Armutrisikoquote beigetragen.

837. Einer dauerhaften Armutgefährdung sind weit weniger Menschen ausgesetzt als einer einmaligen (Office for National Statistics, 2016; BMAS, 2017). So fielen lediglich 9 % der Personen im Jahr 2014 und in zwei der drei Vorjahre unter die Armutrisikogrenze. Dieser Befund verblüfft nicht, da sich die ökonomische Situation nicht zuletzt im Lebenszyklus durch den Wechsel von Ausbildung, Erwerbsbeteiligung und Ruhestand wandelt. Allerdings ist das hier nicht weiter dokumentierte Phänomen einer über mehrere Generationen **verfestigten Armut** bislang nicht zufriedenstellend gelöst, das jedoch viel zielgenauere sozialpolitische Lösungsansätze verlangt als eine stärkere Umverteilung durch Steuern und Transferleistungen (Cremer, 2016).

838. Die Bekämpfung der eigentlichen Ursachen für verbleibende Armutrisiken stellt eine große Herausforderung dar. Eine **geringe Qualifikation** dürfte dabei ein ebenso schwerwiegender Faktor sein wie eine Ehescheidung oder mangelnde sprachliche Fertigkeiten bei Vorliegen eines Migrationshintergrunds.

Maßnahmen, die wie der Mindestlohn direkt in die Verteilung der Marktergebnisse eingreifen, sind bei der Reduzierung des Armutrisikos wenig hilfreich, da eine mögliche Arbeitslosigkeit und durch den Haushaltskontext bedingte Belastungen durch das Steuer- und Transfersystem bereits wirksam angesprochen werden. Ein höherer Leistungssatz der Grundsicherung, der direkt bei den Nettoeinkommen ansetzt, würde hingegen die Anreize für eine Arbeitsaufnahme schmälern und kann daher nur sehr dosiert eingesetzt werden. Wirksame Gegenmaßnahmen könnten somit nur gezieltere Eingriffe sein, etwa die **Einbindung von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt** oder eine Stärkung des Wohngelds im Vergleich zum ALG-II-Leistungssatz.

II. EIN TIEFERER BLICK IN DIE EINKOMMENS- VERTEILUNG

839. Eine nach verschiedenen Dimensionen der Bevölkerung **geschichtete Analyse der Einkommensverteilung** zeigt, dass viele scheinbare Gefälle in der Einkommensverteilung der Demografie und der damit verbundenen Zusammensetzung der Bevölkerung der Erwerbspersonen geschuldet sind. So haben Analysen des Sachverständigenrates die Bedeutung von Veränderungen der Dimensionen Alter, Bildung und Berufserfahrung auf die Lohnverteilung dargestellt (JG 2014 Kasten 23; Klemm und Weigert, 2014).

Die folgenden Analysen knüpfen daran an und analysieren auf Basis des SOEP die Entwicklung der Einkommensungleichheit systematisch nach den sozio-ökonomischen Dimensionen Alter, Geschlecht, Bildung und Migrationshintergrund. Dabei wird jeweils eine Dimension betrachtet, ohne allerdings für anderweitige Einflussfaktoren zu kontrollieren, sodass sich keine Partialeffekte ableiten lassen. Wiederum stützen sich die Analysen auf das Konzept des **äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens** und kontrastieren dieses Einkommensmaß mit dem jeweiligen **Bruttolohn**. Die zugrundeliegende Annahme der Äquivalenzgewichtung unterstellt dabei, dass das Einkommen innerhalb eines Haushalts gleichmäßig verteilt wird.

1. Veränderung der Haushaltstypen

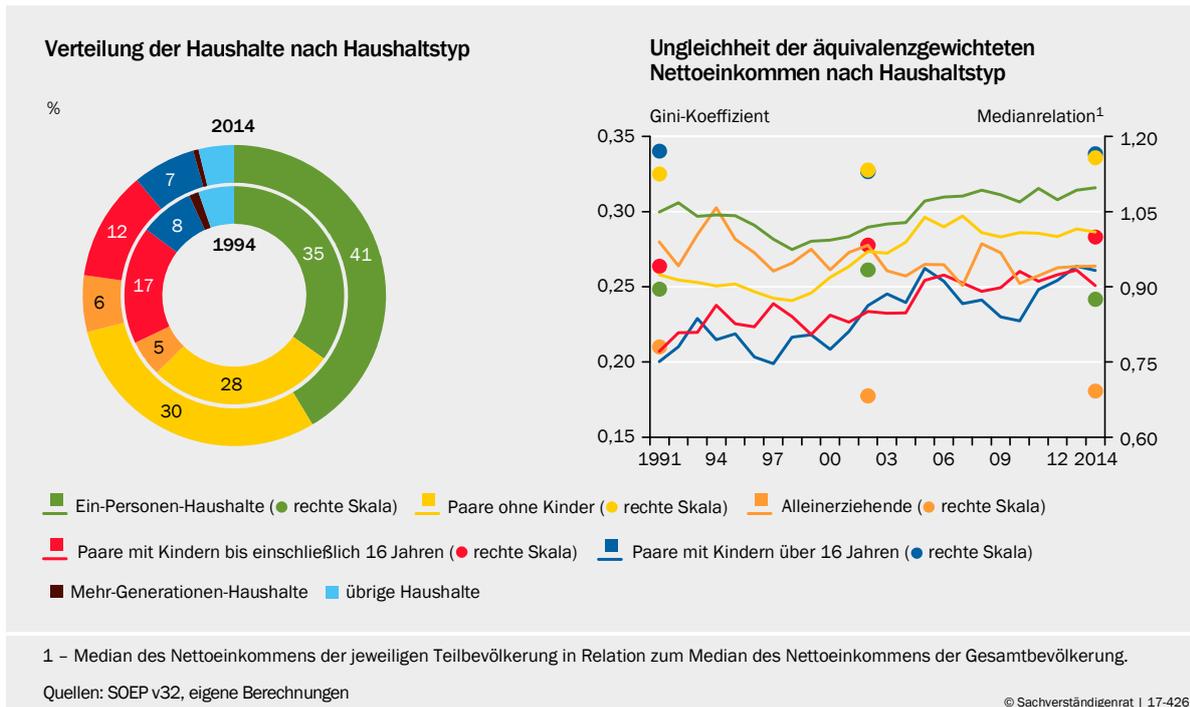
840. Die Verteilung der verschiedenen Haushaltstypen in der Gesellschaft hat sich im Zeitraum von 1994 bis 2014 deutlich verändert. [↘ ABBILDUNG 102 LINKS](#) So ist die durchschnittliche Haushaltsgröße laut SOEP von 2,2 auf 2,0 Personen je Haushalt gesunken. Dies ist bedingt durch weniger Familienhaushalte mit Kindern unter 16 Jahren (von 17 % auf 12 % gesunken) und eine zunehmende Zahl von Ein-Personen-Haushalten (von 35 % auf 41 % gestiegen) sowie Paaren ohne Kinder (von 28 % auf 30 % gestiegen). Dementsprechend wurden im Zeitverlauf die **Vorzüge des gemeinsamen Wirtschaftens** innerhalb von Haushalten **weniger genutzt**, es hat sich eine Tendenz zur Individualisierung ergeben. Ebenso wie Zugewinne an Freizeit und nicht-monetären Lohnbestandteilen, die in Tarifverträgen immer häufiger gefordert werden, ist dies nicht zuletzt als Reflexion der allgemeinen Wohlfahrtssteigerung zu interpretieren.

Im Zuge dieser Veränderungen liegt die Ungleichheit von Ein-Personen-Haushalten auf einem deutlich höheren Niveau als etwa bei zusammenlebenden Paaren mit und ohne Kinder sowie Alleinerziehenden. [↘ ABBILDUNG 102 RECHTS](#) Dabei liegt das Medianeinkommen in Paarhaushalten – sei es mit oder ohne Kinder – höher als bei Ein-Personen-Haushalten oder Alleinerziehenden. Der Trend zu kleineren Haushalten trägt somit zu steigender Ungleichheit bei.

841. Vor diesem Hintergrund sind Studienergebnisse einzuordnen, nach denen sich die Chancen auf **Teilhabe am gesellschaftlichen und ökonomischen Le-**

↳ **ABBILDUNG 102**

Ungleichheit im Haushaltskontext



Daten zur Abbildung

ben für Haushalte mit niedrigem Einkommen seit dem Jahr 1998 verschlechtert haben. Zur Teilhabe zählen beispielsweise Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur sowie für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung sind insbesondere geringverdienende Alleinstehende und Alleinerziehende davon betroffen (Sachs et al., 2017). Für diese Haushaltstypen sind die Ausgaben für Grundbedürfnisse stärker gestiegen als deren durchschnittliches Nettoeinkommen; gleichzeitig hat sich der Anteil der Ausgaben für gesellschaftliche Teilhabe am Nettoeinkommen um 2 beziehungsweise 3 Prozentpunkte verringert.

Vor allem die gestiegenen Wohnkosten bedingen, dass für viele Haushalte im Jahr 2013 weniger Einkommen für gesellschaftliche Teilhabe zur Verfügung stand als noch im Jahr 1998. Haushalte sind heute allerdings kleiner und weisen eine höhere durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner auf (Statistisches Bundesamt, 2016b). Dies spiegelt nicht zuletzt wider, dass die Haushalte heute bereit sind, mehr Geld für das Wohnen auszugeben. Fixe Haushaltskosten wie die Wohnungsmiete werden weniger als in der Vergangenheit auf mehrere Schultern verteilt.

2. Sozio-ökonomische Unterschiede bei Ungleichheit und Mobilität

842. Die Ungleichheit der Nettoeinkommen unterscheidet sich deutlich zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung. Um diese Unterschiede quantitativ herauszuarbeiten, werden zunächst mithilfe von Äquivalenzskalen die ursprünglich auf Haushaltsebene erhobenen Daten in fiktive Einkommen auf der Individualebene umgerechnet. Die jeweilige **Verteilung der individualisierten Einkom-**

men wird sodann innerhalb der jeweiligen **Teilbevölkerung** von Individuen und im Vergleich zur Gesamtverteilung beschrieben. Dabei wird für die Beschreibung der Gestalt der Verteilung in der Teilbevölkerung der **Gini-Koeffizient**, das am weitesten verbreitete Verteilungsmaß, eingesetzt. [↪ ABBILDUNG 103 OBEN](#) Der Gini-Koeffizient nimmt bei größtmöglicher Ungleichheit den Wert eins an (das gesamte Einkommen fällt einer Person zu), bei absoluter Gleichheit den Wert null. Zum Vergleich der jeweiligen Lage der Verteilungen wird zusätzlich die **Medianrelation** jeder Gruppe dargestellt, also die Relation des Medians der jeweiligen Teilbevölkerung zum Median der Gesamtbevölkerung. [↪ ABBILDUNG 103 MITTE](#)

Da die zur Berechnung der individuellen Einkommensdaten verwendete Äquivalenzgewichtung nicht nur die Wirkung des Steuer- und Transfersystems erfasst, sondern auch unterstellt, dass Haushalte die Vorzüge des gemeinsamen Wirtschaftens ohne Anschauung der individuellen Rolle und Machtverteilung im Haushalt aufteilen, werden den Informationen zur Verteilung der Nettoeinkommen entsprechende **Analysen der Bruttolöhne** hinzugefügt, die allerdings nicht mit den individuellen Markteinkommen identisch sind. Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit bleiben hierbei unberücksichtigt.

Schließlich wird für jede Teilgruppe der Bevölkerung die **Persistenz der Einkommensposition** durch die Wahrscheinlichkeit abgebildet, innerhalb von drei Jahren in der gleichen oder benachbarten von 10 Einkommensklassen zu verharren. [↪ ABBILDUNG 103 UNTEN](#) Dabei zeigt sich, dass sich die Einkommenslagen in Deutschland relativ stark verfestigt haben (JG 2016 Ziffer 814). Im Zeitraum von 2011 bis 2014 verblieben 69 % der Erwerbstätigen in ihrer jeweiligen Einkommensklasse oder stiegen höchstens eine Klasse auf oder ab. Seit dem Jahr 1991 ist die so gemessene Einkommensmobilität um etwa sieben Prozentpunkte zurückgegangen (JG 2016 Abbildung 106 rechts).

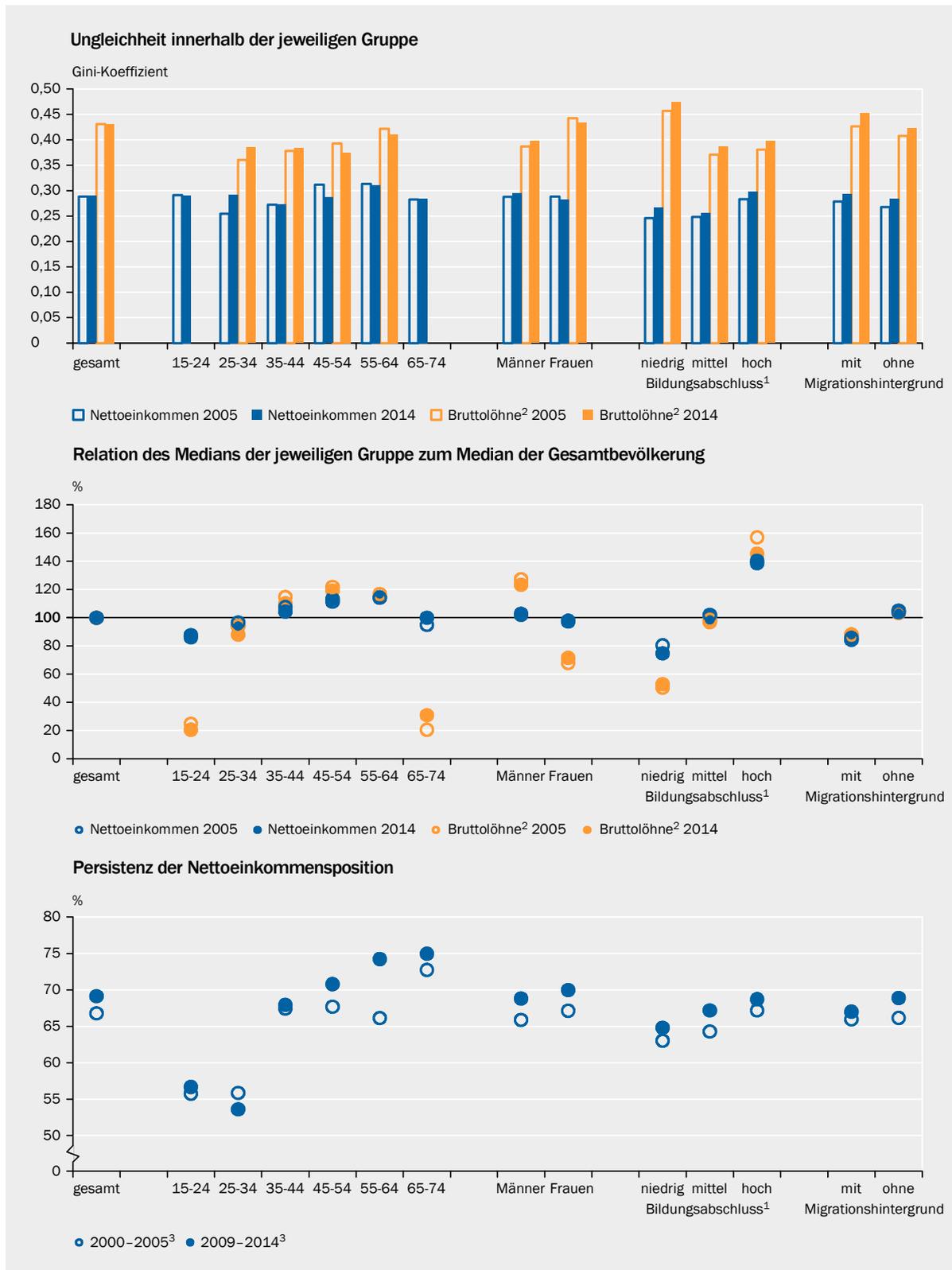
843. Eine erste Unterteilung der Bevölkerung berücksichtigt unterschiedliche **Altersgruppen**. Dabei zeigt sich beispielsweise für das Jahr 2014, dass die Ungleichheit der Nettoeinkommen in der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen bedingt durch die langen und unterschiedlich erfolgreichen Erwerbsverläufe größer war als etwa in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen. [↪ ABBILDUNG 103 OBEN](#)

Die am relativen Median erkennbare Position der Verteilung der Nettoeinkommen der Altersgruppen folgt dem Muster eines **Lebenszyklus**. [↪ ABBILDUNG 103 MITTE](#) Vor allem für Jugendliche dürfte der Ausgleich der Einkommensverhältnisse über den Familienverbund eine erhebliche Rolle spielen. Ob der Ausgleich der Ausstattung mit monetären Ressourcen über die gemeinsame Wohnung hinausgeht und – wie implizit unterstellt – beispielsweise kulturelle Teilhabe einschließt, kann im Rahmen dieser Analyse nicht beantwortet werden. Diese Annahme liegt allerdings allen einschlägigen Schätzungen von Ungleichheit und Armutsgefährdung von Kindern oder von Älteren zugrunde (BMAS, 2017).

844. Die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen weist eine besonders hohe **Ungleichheit der Bruttolöhne** auf. [↪ ABBILDUNG 103 OBEN](#) In den Gruppen der 15- bis 24- sowie der 65- bis 74-Jährigen sind viel weniger Personen erwerbstätig als in den

▾ ABBILDUNG 103

Ungleichheit und Persistenz der äquivalenzgewichteten Einkommen nach sozio-ökonomischen Merkmalen



1 – Niedriger Bildungsabschluss: Weder Lehre noch Abitur; mittlerer Bildungsabschluss: Fachabitur, Abitur oder Lehre; hoher Bildungsabschluss: Tertiärer Abschluss. 2 – Nur Erwerbstätige. Für Altersgruppen 15–24 und 65–74 zu wenige Beobachtungen für verlässliche Berechnung des Gini-Koeffizienten. 3 – Persistenz der Nettoeinkommensposition (Verbleib im gleichen oder einem benachbarten Einkommenszehntel nach drei Jahren) in der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, gemittelt über die Zeiträume 2000–2003, 2001–2004, 2002–2005, beziehungsweise über die Zeiträume 2009–2012, 2010–2013, 2011–2014.

Quellen: SOEP v32, eigene Berechnungen

Daten zur Abbildung

anderen Altersgruppen, sodass hier keine statistisch verlässlichen Aussagen über die Lohnungleichheit möglich sind. Zwischen den Altersgruppen bestehen Unterschiede im Lohnniveau. Üblicherweise steigt die Entlohnung mit dem Alter an, da die Erwerbstätigen zunehmend Berufserfahrung sammeln und ihre Produktivität steigern können. [↘ ABBILDUNG 103 MITTE](#) Anhand der **Senioritätsentlohnung** gehen Unternehmen und Beschäftigte oftmals einen impliziten Vertrag ein, der langjährige Unternehmenszugehörigkeit mit Lohnerhöhungen honoriert, die den individuellen Produktivitätszuwachs übersteigen (Lazear, 1979, 1981; Zwick, 2012).

Zum zeitlichen Vergleich wird das Jahr 2005 herangezogen, da sich seither die Einkommensungleichheit in der Gesamtbevölkerung kaum noch verändert hat. Im Jahr 2014 zeigt sich relativ zum Jahr 2005 in der jüngsten Altersgruppe ein gestiegener Abstand des Medianlohns zum Median der Gesamtbevölkerung. In der höchsten Altersgruppe hat sich diese Kennzahl hingegen verringert. [↘ ABBILDUNG 103 MITTE](#) Angesichts dieser **verbesserten Situation der Älteren** erscheint der aktuell so stark geführte Diskurs um eine gestiegene Altersarmut übertrieben. Erhebliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen zeigen sich zudem in der Mobilität der Einkommenspositionen. Ältere Erwerbspersonen weisen eine höhere Persistenz in der Einkommensposition auf, jüngere sind hingegen deutlich mobiler. [↘ ABBILDUNG 103 UNTEN](#)

845. Die Ungleichheit der **Nettoeinkommen von Frauen** ist ungefähr gleich hoch wie diejenige von Männern; für Frauen liegt der Gini-Koeffizient um 0,01 niedriger. [↘ ABBILDUNG 103 OBEN](#) Das Verhältnis der Medianeinkommen fällt ebenfalls recht ähnlich aus. Die zentrale Ursache für diese geringen ausgewiesenen Unterschiede ist die durch die Äquivalenzgewichtung **unterstellte starke haushaltsinterne Umverteilung** der monetären Ressourcen. Traditionell ist der Beitrag der Männer zum Haushaltseinkommen größer, wenngleich dieser bis zum Jahr 2013 auf unter zwei Drittel zurückgegangen ist (BIB, 2017). Ob es innerhalb des Familienverbands eventuell zu einer kleineren oder einer größeren Umverteilung der Ressourcen kommt als in der Äquivalenzgewichtung unterstellt, lässt sich hier nicht abschließend klären.
846. Ein Blick auf die Ungleichheit der Bruttolöhne nach Geschlechtern zeigt die **unterschiedliche Verteilung der individuellen Entlohnung** und gibt somit Aufschluss über eine weitere Facette der Ungleichheit. [↘ ABBILDUNG 103 OBEN](#) Die Verteilung des Bruttoarbeitslohns ist unter Frauen deutlich ungleicher als unter Männern, mit einem Unterschied von 0,04 Gini-Punkten im Jahr 2014. Wesentliche Gründe für diese Diskrepanz dürften die geringere Erwerbsquote und die höhere Teilzeitquote von Frauen im Vergleich zu Männern sein.

Die relative Medianposition hat sich zwischen den Jahren 2005 und 2014 bei den Frauen vergrößert, das heißt deren Abstand zum Medianlohn der Gesamtbevölkerung ist kleiner geworden. [↘ ABBILDUNG 103 MITTE](#) Zwischen den Geschlechtern zeigen sich **geringe Unterschiede in der Einkommensmobilität**. [↘ ABBILDUNG 103 UNTEN](#) Dies rührt jedoch alleine von der Mobilität in Einpersonenhaushalten her, da die Mobilität der äquivalenzgewichteten Einkommen von zusammenlebenden Partnern per Definition identisch ist.

847. Die Ungleichheit der Einkommen unterscheidet sich deutlich zwischen verschiedenen **Bildungsabschlüssen**. [↘ ABBILDUNG 103 OBEN](#) Unter Personen mit mittlerem Bildungsabschluss (Fachabitur, Abitur oder abgeschlossener Berufsausbildung) sowie unter Personen mit niedrigem Bildungsabschluss (weder Abitur noch eine abgeschlossene Lehre) ist die Einkommensungleichheit um 0,04 beziehungsweise 0,03 Gini-Punkte geringer als unter Personen mit hohem (tertiärem) Bildungsabschluss. Bemerkenswert ist hierbei, dass die Einkommensungleichheit in den unteren beiden Bildungsgruppen wesentlich geringer ist als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Dies liegt daran, dass die **Ungleichheit zwischen den drei Bildungsgruppen** besonders groß ist. [↘ ABBILDUNG 103 MITTE](#) Es kann somit sein, dass der allgemein beobachtete Anstieg höherer Bildungsabschlüsse die Einkommensungleichheit in der Gesamtbevölkerung erhöht hat. Die Lohnungleichheit ist in der Gruppe der Personen ohne Lehre und Abitur am höchsten. [↘ ABBILDUNG 103 OBEN](#) Die Arbeitslosigkeit ist in dieser Gruppe besonders hoch, sodass relativ viele Personen gar keinen Lohn beziehen (Hausner et al., 2015).

Tendenziell hat sich der relative Median-Abstand der Nettoeinkommen von Personen mit geringem Bildungsabschluss zur Gesamtbevölkerung seit dem Jahr 2005 noch vergrößert. [↘ ABBILDUNG 103 MITTE](#) Diese Gruppe scheint am Arbeitsmarkt **zunehmend abgehängt** zu werden. Das Erlangen eines qualifizierenden Bildungsabschlusses ist demnach wichtiger denn je und sollte politische Priorität genießen.

848. Für **Personen mit Migrationshintergrund** zeigt sich eine leicht höhere Ungleichheit der Einkommen und der Löhne als für diejenigen ohne Migrationshintergrund. [↘ ABBILDUNG 103 OBEN](#) Eine Ursache dafür dürfte die geringere Erwerbsquote von Personen mit Migrationshintergrund sein. Die gestiegene Zuwanderung in den vergangenen Jahrzehnten beeinflusst dabei das Ausmaß der Einkommensarmut bei Ausländern; gegenüber dem Jahr 2005 ist der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund von 18 % auf 23 % im Jahr 2016 angestiegen (Statistisches Bundesamt, 2016c).

Während der Anteil der einkommensschwachen Deutschen, also derjenigen, die weniger als 67 % des Medianeinkommens verdienen, seit dem Jahr 1983 unverändert bei rund 23 % bis 24 % liegt, hat der Anteil der einkommensschwachen Personen, die im Ausland geboren wurden, von 23 % auf 37 % deutlich zugenommen (Grabka et al., 2016). Im Vergleich zum Jahr 2005 hat sich der relative Median von Nettoeinkommen und Bruttolöhnen der Personen mit Migrationshintergrund jedoch praktisch nicht verändert. [↘ ABBILDUNG 103 MITTE](#)

3. Mobilität und Bildungsexpansion

849. Die in den 1970er-Jahren einsetzende Bildungsexpansion hat dazu geführt, dass jüngere Generationen mittlerweile weit besser ausgebildet sind als ihre Eltern. Dieses Phänomen zieht sich durch alle Einkommenschichten. So ist der Anteil tertiärer Ausbildung in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich angestie-

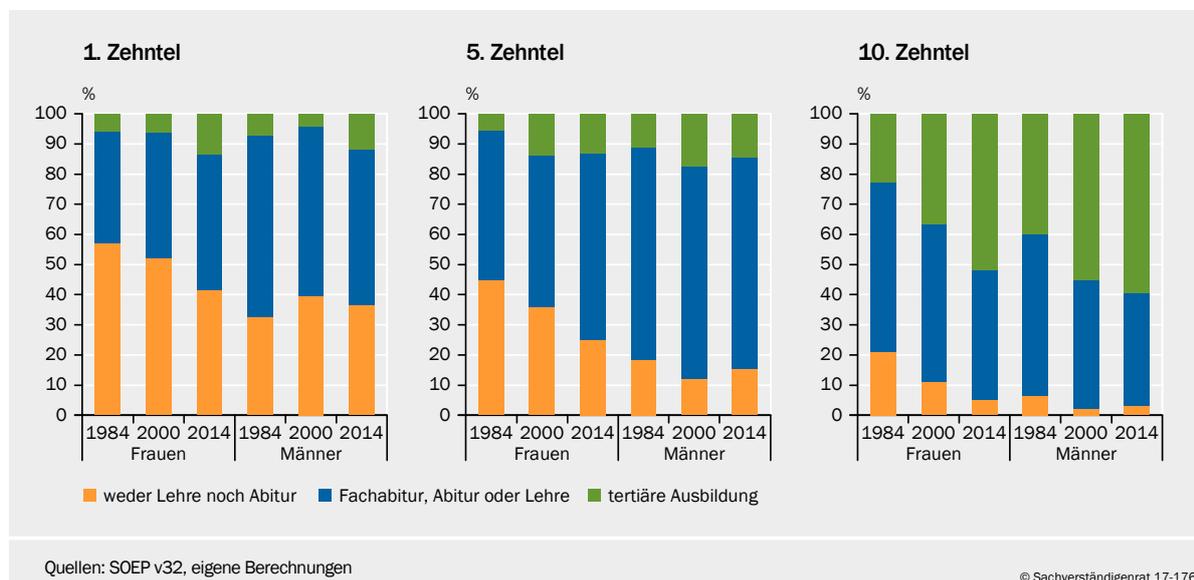
gen, laut SOEP-Daten von 10 % im Jahr 1984 auf 19 % im Jahr 2014. Die **Zunahme höherer Bildungsabschlüsse** ist allerdings über die Einkommensverteilung hinweg unterschiedlich stark ausgeprägt. [ABBILDUNG 104](#) So ist das Niveau tertiärer Bildung im untersten Zehntel der Einkommensverteilung auf lediglich 13 % bei Frauen und 12 % bei Männern angestiegen, im obersten Zehntel jedoch auf 52 % beziehungsweise 60 %.

Wie Gebel und Pfeiffer (2008) zeigen, haben insbesondere Frauen im Zuge dieser Entwicklungen zunehmend höhere Bildungsabschlüsse erzielt. Bis zum Jahr 2014 hatten Frauen den ursprünglich vorhandenen Vorsprung der Männer zu einem großen Teil aufgeholt. Im oberen Teil der Einkommensverteilung weisen Männer aber noch immer häufiger einen tertiären Bildungsabschluss auf.

- 850. Da hier lediglich das Erlangen eines bestimmten Abschlusses dargestellt wird, sind die Bildungsabschlüsse über lange Zeiträume nur bedingt vergleichbar. Durch das bereits relativ hohe Bildungsniveau lässt sich eine genauso starke **Expansion hin zu tertiären Ausbildungsabschlüssen** wie in der Vergangenheit nur schwer wiederholen. Allerdings bestehen seit der Bologna-Reform Bestrebungen nach einem höheren Anteil tertiärer Abschlüsse. Seit dem Jahr 2007 ist die Anzahl der Studierenden um gut 800 000 gewachsen. [ZIF-FER 751](#) Damit war der jüngste Anstieg der Studierendenzahlen deutlich höher als zu Zeiten der Bildungsexpansion in den 1970er- und 1980er-Jahren.
- 851. Das in den vergangenen Jahrzehnten angestiegene Bildungsniveau kann sich auf die **Einkommensmobilität** auswirken. Steigen Personen durch höhere Bildungsabschlüsse in der Einkommensverteilung auf, bleiben sie im Durchschnitt vergleichsweise lange in einer höheren Einkommensgruppe (JG 2016 Ziffer 814). In den SOEP-Daten zeigt sich ein negativer Zusammenhang zwischen höheren Bildungsabschlüssen und der Einkommensmobilität. So kann die Zunahme höherer Bildungsabschlüsse durch eine Bildungsexpansion zu einem Rückgang der Einkommensmobilität beitragen.

[ABBILDUNG 104](#)

Anteile verschiedener Bildungsschichten nach Einkommenszehnteln



Daten zur Abbildung

III. CHANCENGERECHTIGKEIT UND TEILHABE STÄRKEN

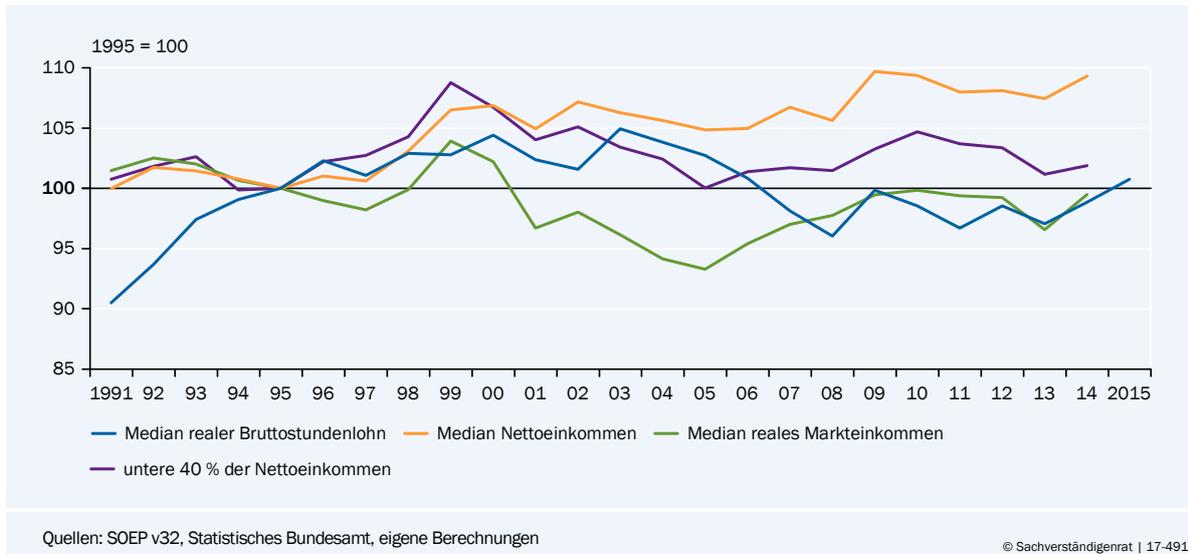
852. Die weitgehend stabile Einkommensungleichheit in der Gesamtbevölkerung steht der Wahrnehmung einer zunehmenden Ungerechtigkeit gegenüber. Ein tieferer Blick in die Einkommensverteilung zeigt **unterschiedliche Verteilungen in verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen** auf. Durch Veränderungen der Haushaltsstruktur wurden über die Zeit zusätzlich Einkommensdifferenzen hervorgerufen. Weiterhin führt die Alterung der Gesellschaft potenziell zu höherer Einkommensungleichheit in der Bevölkerung, weil die Ungleichheit bei Älteren tendenziell höher ist als bei Jüngeren. Solche Entwicklungen sind durch politisches Wirken, wenn überhaupt, nur langfristig beeinflussbar. Es ist außerdem unklar, ob ein solcher Eingriff normativ gerechtfertigt wäre. Der Fokus politischen Handelns sollte vielmehr darauf liegen, **Chancengerechtigkeit** und **breite gesellschaftliche Teilhabe** sicherzustellen.
853. Zudem ist eine **geringe Einkommensmobilität** problematisch, insofern sie nicht auf eine veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung zurückgeführt werden kann. So scheint sich mit der zugenommenen Persistenz der Einkommensposition die Kernarbeitslosigkeit verfestigt zu haben (BMF, 2017). Eine Verbesserung der Einkommensmobilität und somit der Chancengerechtigkeit dürfte vor allem über eine Verbesserung der Ausbildung und Qualifikation von benachteiligten Gruppen zu erzielen sein.
854. Die Einkommensungleichheit unterscheidet sich deutlich nach verschiedenen Bildungsabschlüssen. In Deutschland hängt der höchste erlangte Bildungsabschluss jedoch stark mit demjenigen der Eltern zusammen, das heißt, dass besonders viele Personen den gleichen Bildungsabschluss erlangen wie ihre Eltern (OECD, 2015b). Somit besteht eine Tendenz zu einer Verfestigung der Ungleichheit über Generationen hinweg, dem durch eine **höhere Chancengerechtigkeit** begegnet werden sollte. Am wirksamsten kann diese durch **frühkindliche Bildung** gefördert werden, da die Effizienz der dort eingesetzten Mittel besonders hoch ist (Cunha und Heckman, 2007). Zudem fördern Investitionen in den flächendeckenden Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagskinderbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In den vergangenen Jahren wurde hier bereits viel erreicht, jedoch unterscheiden sich Abdeckung und Qualität deutlich zwischen verschiedenen Bundesländern und Kommunen in Deutschland (Bertelsmann Stiftung, 2017; Schmitz et al., 2017).

Eine andere Meinung

855. Ein Mitglied des Rates, Peter Bofinger, kann sich der Einschätzung der Mehrheit zur **Entwicklung der Einkommensverteilung** in Deutschland nicht anschließen. Die Mehrheit stellt fest, dass „hierzulande ein intensiver Ungleichheitsdiskurs geführt“ werde, was zum Teil darauf zurückzuführen sei, „dass die Wahrnehmung in mancherlei Hinsicht von der tatsächlichen Situation abweicht“.
856. Im Mittelpunkt der Argumentation der Mehrheit steht der Befund, dass **die Verteilung der Nettoeinkommen seit dem Jahr 2005** weitgehend stabil geblieben sei. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die **Ränder der Einkommensverteilung** auch nach 2005 weiter auseinanderentwickelt haben. In der Phase von 2005 bis 2014 haben sich die Haushaltseinkommen im ersten und zweiten Dezil um 3,0 % beziehungsweise 0,65 % erhöht. Im achten und neunten Dezil belief sich der Anstieg auf 7,5 % beziehungsweise 7,0 %. Als Indiz für eine nach 2005 weiter auseinanderlaufende Verteilung an den Rändern führen Grabka und Goebel (2017) auch das **90:10-Perzentilverhältnis** an. Dieser Indikator beschreibt das Verhältnis der Einkommen der einkommensschwächsten Person aus dem obersten Dezil zu den Einkünften der einkommensstärksten Person aus dem untersten Dezil an. In den 1990er-Jahren lag dieser Indikator bei einem Wert von etwa drei und stieg bis zum Jahr 2005 auf einen Wert von 3,5. Für die Jahre ab 2011 ermitteln Grabka und Goebel einen weiteren statistisch signifikanten Anstieg – auf den bislang höchsten Wert von 3,65 im Jahr 2014.
857. Für den Befund einer auch nach dem Jahr 2005 weiter zunehmenden Ungleichheit der Einkommen spricht auch das seither **gestiegene Armutsrisiko** (Ziffer 825). Wie Grabka und Goebel (2017) auf der Basis eines Vergleichs der Jahre 2004 und 2014 verdeutlichen, sind von dieser Entwicklung Personen aller Altersgruppen von 18 bis 65 Jahren betroffen und das unabhängig davon, ob sie ein individuelles Erwerbseinkommen beziehen oder nicht. Die Zunahme der Studierendenzahlen (Ziffer 850) kann somit den allgemeinen Anstieg des Armutsrisikos nur bedingt erklären. Zu dieser Entwicklung haben ohne Zweifel auch geänderte Lebensverhältnisse beigetragen (Ziffern 840 f.). Aus sozialpolitischer Sicht ist es jedoch in erster Linie entscheidend, dass immer mehr Menschen von einem Armutsrisiko betroffen sind, selbst wenn dies nicht durch ökonomische, sondern persönliche Faktoren verursacht worden ist.
858. Generell ist es nicht unproblematisch, gerade **das Jahr 2005 mit einer extrem hohen Arbeitslosigkeit** als Referenzzeitpunkt für die längerfristige Entwicklung der Einkommensungleichheit heranzuziehen. Selbst wenn sich die Einkommensverteilung seither nicht geändert hätte, wäre das noch kein Grund zur Entwarnung. Es würde sich vielmehr die Frage stellen, wieso die massive Verbesserung der Beschäftigungssituation nicht dazu beigetragen konnte, die sich in der Phase der Jahre 1999 bis 2005 ungewöhnlich aufspreizende Verteilung der Einkommen wieder zu korrigieren.

▸ ABBILDUNG 105

Verschiedene Indikatoren zur Einkommensentwicklung



Daten zur Abbildung

859. Die Mehrheit hält Maßnahmen, die wie der **Mindestlohn** direkt in die Verteilung der Marktergebnisse eingreifen, bei der Reduzierung des Armutsrisikos für wenig hilfreich, da eine mögliche Arbeitslosigkeit und durch den Haushaltskontext bedingte Belastungen durch das Steuer- und Transfersystem bereits wirksam angesprochen würden. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass die zu beobachtende **gleichmäßigere Verteilung der Stundenlöhne über verschiedene Gruppen von Arbeitnehmern**, die vor allem in den Jahren 2014 und 2015 zu beobachten war, zumindest teilweise auf den allgemeinen Mindestlohn und die im Vorgriff darauf für die Zeitarbeit (2012), das Friseurhandwerk (2013) und die Fleischwirtschaft (2014) beschlossenen Branchenmindestlöhne zurückzuführen sein kann.

860. Der von der Mehrheit festgestellte Befund eines „Auseinanderklaffens der Wahrnehmung und der statistischen Faktenlage“ bei der Diskussion der Einkommensverteilung lässt sich somit nur bedingt nachvollziehen. Dies gilt umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass sich die **materielle Situation für vergleichbare Haushalte und Arbeitnehmer** seit Mitte der 1990er-Jahre vielfach **kaum noch verbessert hat**. Die unteren 40 % der Haushaltsnettoeinkommen, der Median des Bruttolohns und der Median der Haushaltsmarkteinkommen waren im Jahr 2014 beziehungsweise 2015 (Bruttolöhne) nicht höher als im Jahr 1995. Der Median der Haushaltsnettoeinkommen ist in einem Zeitraum von zwei Jahrzehnten um 9 % gestiegen. ▸ ABBILDUNG 105

Dieser Befund ist durchaus damit vereinbar, dass sich die **Einkommen individueller Haushalte in ihrem Lebenszyklus** verbessert haben. Doch das allein ist noch kein Grund dafür, dass die ungünstige Einkommensentwicklung von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden kann. So werden viele Eltern unschwer feststellen können, dass es ihren Kindern nicht mehr gelingt, sich im Berufsleben materiell besser zu stellen als die vorhergehende Generation.

861. Insgesamt ist es somit durchaus einen intensiven Diskurs wert, wenn in Deutschland das ansehnliche Wirtschaftswachstum, das von 1995 bis 2015 zu einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um rund ein Drittel geführt hat, nicht mehr zu einer **Mehrung des Wohlstands für alle** beitragen konnte.

LITERATUR

- Albig, H., M. Clemens, F. Fichtner, S. Gebauer, S. Junker und K. Kholodilin (2017), Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst, DIW Wochenbericht 10/2017, Berlin.
- Bertelsmann Stiftung (2017), Kita-Qualität steigt – Gefälle zwischen Kreisen und Bundesländern ist enorm, Pressemitteilung, Gütersloh, 28. August.
- BIB (2017), Frauen tragen immer stärker zum Haushaltseinkommen bei, Pressemitteilung, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.
- BMAS (2017), Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin.
- BMF (2017), Einkommensmobilität und soziale Mobilität, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen 1/2017, Berlin.
- BMWi (2017), Deutschland – stark und gerecht! Ein Zehn-Punkte-Plan für inklusives Wachstum, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin.
- Brenke, K. und A.S. Kritikos (2017), Niedrige Stundenverdienste hinken bei der Lohnentwicklung nicht mehr hinterher, DIW Wochenbericht 21/2017, Berlin.
- Brenner, J. (2010), Life-cycle variations in the association between current and lifetime earnings: Evidence for German natives and guest workers, Labour Economics 17, 392–406.
- Cingano, F. (2014), Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth, OECD Social, Employment and Migration Working Paper 163, OECD Publishing, Paris.
- Cremer, G. (2016), Armut in Deutschland: Wer ist arm? Was läuft schief? Wie können wir handeln?, C.H. Beck Paperback 6244, C.H. Beck, München.
- Cunha, F. und J. Heckman (2007), The Technology of Skill Formation, American Economic Review 97, 31–47.
- Europäische Kommission (2017), Annual Convention for Inclusive Growth Conference Report, Konferenzpapier, Inclusive Growth Conference, Brussels, 24. April.
- Felbermayr, G., M. Battisti und S. Lehwald (2016), Einkommensungleichheit in Deutschland, Teil 1: Gibt es eine Trendumkehr?, ifo Schnelldienst 69, 28–37.
- Felbermayr, G., M. Battisti und J.-P. Suchta (2017), Lebenszufriedenheit und ihre Verteilung in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme, ifo Schnelldienst 9/2017, 19–30.
- Gebel, M. und F. Pfeiffer (2008), Educational Expansion and its Heterogeneous Returns for Wage Workers, Schmollers Jahrbuch 130, 19–42.
- Grabka, M.M. und J. Goebel (2017), Realeinkommen sind von 1991 bis 2014 im Durchschnitt gestiegen – erste Anzeichen für wieder zunehmende Einkommensungleichheit, DIW Wochenbericht 4/2017, Berlin.
- Grabka, M.M., J. Goebel, C. Schröder und J. Schupp (2016), Schrumpfender Anteil an BezieherInnen mittlerer Einkommen in den USA und Deutschland, DIW Wochenbericht 83/2016, Berlin.
- Hausner, K.H., D. Söhnlein, B. Weber und E. Weber (2015), Bessere Chancen mit mehr Bildung, IAB-Kurzbericht 11/2015, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- IWF (2017), Fostering Inclusive Growth, Internationaler Währungsfonds, Washington, DC.

- [Klemm, M. und B. Weigert \(2014\)](#), Does composition matter? Wage inequality and the demographic and educational structure of the labor force in Germany, Arbeitspapier 06/2014, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.
- [Kolev, G. und J. Niehues \(2016\)](#), The Inequality-Growth Relationship - An Empirical Reassessment (Working Paper Version), IW Report 7/2016, Institut der deutschen Wirtschaft Köln.
- [Lampert, M. und P. Papadongonas \(2016\)](#), Towards 2030 without Poverty, Motivaction International B.V., Amsterdam.
- [Lazear, E.P. \(1981\)](#), Agency, Earnings Profiles, Productivity, and Hours Restrictions, American Economic Review 71, 606–620.
- [Lazear, E.P. \(1979\)](#), Why Is There Mandatory Retirement?, Journal of Political Economy 87, 1261–1284.
- [Möller, J. \(2016\)](#), Lohnungleichheit – gibt es eine Trendwende?, Wirtschaftsdienst 96, 38–44.
- [Niehues, J. \(2014\)](#), Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen – ein internationaler Vergleich, IW Trends 2/2014, Institut der deutschen Wirtschaft Köln.
- [OECD \(2017\)](#), Bridging the Gap: Inclusive growth 2017 - Update report, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris.
- [OECD \(2015a\)](#), In It Together: Why Less Inequality Benefits All, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris.
- [OECD \(2015b\)](#), Education at a Glance 2015: OECD Indicators, OECD Publishing, Paris.
- [Office for National Statistics \(2016\)](#), Persistent Poverty in the UK and EU: 2014, Newport.
- [Ostry, J., A. Berg und C. Tsangarides \(2014\)](#), Redistribution, Inequality, and Growth, IMF Staff Discussion Notes 14/02, Internationaler Währungsfonds, Washington, DC.
- [Sachs, A., M. Hoch und H. Weinelt \(2017\)](#), Grundbedürfnisse und Teilhabe in Deutschland: Wer kann sich was leisten?, Inklusives Wachstum für Deutschland 9, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- [Schmitz, S., C.K. Spieß und J.F. Stahl \(2017\)](#), Kindertageseinrichtungen: Ausgaben der Familien sind von 1996 bis 2015 mitunter deutlich gestiegen, DIW Wochenbericht 41/2017, 889–903.
- [Statistisches Bundesamt \(2017\)](#), Armutsgefährdung in den Bundesländern weiter unterschiedlich, Pressemitteilung 298/17, Wiesbaden, 29. August.
- [Statistisches Bundesamt \(2016a\)](#), Armutsgefährdung in Westdeutschland im 10-Jahres-Vergleich gestiegen, Pressemitteilung 334/16, Wiesbaden, 22. September.
- [Statistisches Bundesamt \(2016b\)](#), Datenreport 2016, Wiesbaden.
- [Statistisches Bundesamt \(2016c\)](#), Statistisches Jahrbuch, Wiesbaden.
- [Tophoven, S., T. Lietzmann, S. Reiter und C. Wenzig \(2017\)](#), Armutsmuster in Kindheit und Jugend, Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „Lebensumstände von Kindern im unteren Einkommensbereich (LeKiE)“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Nürnberg.
- [Zwick, T. \(2012\)](#), Consequences of Seniority Wages on the Employment Structure, ILR Review 65, 108–125.